Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 15. II. BAND 20. Februar 1916.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 15. 20. Februar 1916.

POLNISCHE BLÄTTER

Wie denkt man in Warschau.

Ein hervorragender konservativer Publizist hat unlängst den Wunsch ausgedrückt, das deutsche Publikum möchte doch über die Wünsche und Hoffnungen der Polen nicht nur von galizischen Politikern informiert werden.

Dieser Wunsch ist leichter auszudrücken, als zu erfüllen. Galizien erfreut sich seit einem halben Jahrhundert seiner verfassungsmässig gewährleisteten Gedanken- und Redefreiheit, ferner eines öffentlichen politischen Lebens, und dieser Zustand hat zu politischen Organisierung und politischen Schulung des Landes geführt. In Kongresspolen, wo auch die „konstitutionelle" Aera die Schranken der öffentlichen Freiheiten nicht erweiterte, war es doch sogar den Dumaabgeordneten nicht gestattet, Wahlversammlungen einzuberufen, Berichte über die „parlamentarische" Tätigkeit zu erstatten — hat sich seit fast hundert Jahren das politische Leben in das „unterirdische Polen" und — wie es Lelewel ausdrückte — „in die letzte Festung, die einem Polen geblieben: ins polnische Herz" geflüchtet. Daher das g e f ü h l s m ä s s i g e Denken in Warschau, mit all seinen Vor- und Nachteilen. Die ersten überwiegen. Dies wird durch das Festhalten an dem nationalen Ideal bewiesen, durch den sicheren Instinkt, der allen Russifizierungsversuchen Widerstand leistete, durch den starken Willen sich aller modernen Kulturarbeiten und Organisationsmethoden zu bedienen, um eine bessere Zukunft herbeizuführen.

Wenn dies intensive innere Leben der Warschauer Gesellschaft nicht in feste politische Formen einströmt,

wie es in Galizien der Fall war, so sind wiederum die geschichtlich gegebenen Umstände in Erwägung zu ziehen. Galizien hatte einen klaren und geraden Weg, den ihm ein halbes Jahrhundert freien Zusammenlebens mit der Dynastie und mit der österreichisch-ungarischen Monarchie angebahnt hat. Kongresspolen war beim Ausbruch des Krieges ganz desorientiert. In jeder Familie lebte die Tradition aller Aufstände gegen Russland, aber jedermann wusste auch, dass nicht Polens Schwäche und Russlands Kraft es gewesen sind, die in letzter Instanz den Sieg des Moskovitertums ermöglichten. Wer weiss, was für ein Frieden und auf wessen Kosten die nächste Zukunft bringen wird? Da erschien unerwartet der bekannte Aufruf des Grossfürsten Nikolai Nikolajewitsch mit seinen unreellen, gleisnerischen, aber blendenden Versprechungen . . .

Jetzt, nachdem Warschau von den Russen befreit worden ist, kann übersehen werden, was für tüchtige, antirussische Arbeit zur damaligen Zeit geleistet wurde. Jetzt sind Namen von polnischen Mitgliedern der russischen Reichsduma und des russischen Reichs- und Staatsrates bekannt, die antirussische Politik trieben; legale Zeitschriften, die dank der Dummheit und Bestechlichkeit der russischen Zensur — unter Russlands Fittichen gegen Russland schrieben; eine Unzahl von illegalen Schriften und Organisationen, die das russische Regime untergruben. Freilich, zur Tat im grossen Stil haben sich diese Arbeiten aus bereits erwähnten politischen, ferner aus technischen Gründen (Mangel an Waffen) nicht verdichtet.

Nun ist Warschau mehr als ein halbes Jahr „russenrein“. Was denkt die Residenzstadt Polens, wohin steuert ihr Sinn und Bestreben?

Nur eine freie Diskussion klärt die Gedanken und organisiert die öffentliche Meinung: nur Taten besitzen für reife Menschen Ueberzeugungskraft. Wer die grossen Tagesblätter der polnischen Residenzstadt liest, solche unabhängige Zeitungen wie „Goniec“, „Nowa Gazeta“,

„Dziennik Polski" u. a., oder solche entschlossene Zeitschriften, wie „Tygodnik Polski", „Świat" etc., der weiss wohl, dass die polnischen Patrioten von der Unvereinbarkeit einer besseren Zukunft ihres Vaterlandes mit der russischen Herrschaft fest überzeugt sind. Schon all diese unabhängigen Zeitungen — wir sprechen nur von denjenigen, die wir Gelegenheit hatten im Originale, oder in Auszügen zu lesen — repräsentieren eine solche Fülle freiheitlichen, also antirussischen Sinnes und Bereitschaft als Glied der mitteleuropäischen Staaten zu leben, dass jedermann, der sich über polnische Gesinnung Warschaus ehrlich informieren will, hierzu reichliches Material finden wird.

Aber das Wirtschaftliche? — fragt mancher Deutsche, der ein besserer Pole als die Polen sein möchte und den Polen einredet, dass sie ohne das russische Absatzgebiet nicht leben können. Darauf antwortet „Kurjer Warszawski", ein Organ, das nie radikal, immer massgebend für den Durchschnitt der polnischen Intelligenz war, dass „die Kategorie derjenigen, die das ganze Glück Polens im politischen status quo erblicken, sich auf eine geringe Zahl von Fabrikanten beschränkt" — und dass diese Fabrikanten geradezu nicht Polen sein müssen, darüber erzählt uns merkwürdige Dinge in einem besonderen Kapitel seines lesenswerten Büchleins Dr. Bahr („Polnische Blätter" S. 182) — „Die gebildeten Kreise unseres Volkes — schreibt ferner „Kurjer Warszawski" — sind sich aber darüber einig, dass unsere Vorteile aus dem Zusammenhange mit Russland mehr scheinbarer als wirklicher Natur waren" (Vergl. Pressestimmen). Das ist wirklich eine Vox populi.

Zu diesen Aeusserungen ist in letzter Zeit eine neue Serie hinzugekommen. In Warschau erschien unlängst ein stattlicher Band politischer und ökonomischer Abhandlungen, „Mit oder gegen Russland" („Za lub przeciw Rosyi") betitelt. Es ist eine Sammelarbeit; unter den Verfassern (Michał Łempicki, Stanisław Thugutt, Tytus Filipowicz, Henryk Tennenbaum, Tadeusz

Grużewski, Medard Downarowicz) befindet sich kein einziger Pole aus Galizien; alle sind sie, um sich des staatsrechtlichen terminus technicus der Beschlüsse des Wiener Kongresses zu bedienen — „Untertanen des Königreichs Polen“. In wohldurchdachter Arbeitsteilung behandelt jeder Mitarbeiter dieses Sammelwerkes ein spezielles Gebiet des polnischen öffentlichen Lebens. Der unermüdliche Vorkämpfer der Freiheit seines Vaterlandes, der Dumaabgeordnete Michał Łempicki bespricht „Polnische Illusionen im Verhältnis zu Russland“; er beleuchtet die bisherigen Proben der Versöhnung beider Nationen, um deren Aussichtslosigkeit festzustellen. Herr Thugutt unterstreicht den Gegensatz der polnischen und russischen Staatsinteressen auf dem Gebiete der internationalen Fragen. Filipowicz gibt einen Abriss der polnisch-russischen Beziehungen seit der russischen Revolution, als die Polen die Enttäuschung seitens der besten, freiheitlichen Elemente Russlands erlebten. Herr Tennenbaum unterzieht einer fachmännischen Untersuchung die „Illusion der östlichen Absatzgebiete“ für die polnische Industrie. Der Redakteur des „Goniec“ Herr Grużewski und Herr Downarowicz beleuchten die historischen und staatsrechtlichen Antagonismen zwischen Polen und Russland.

Unabhängige, einflussreiche Männer haben dies Buch herausgegeben: ein Dokument echt polnischer Gesinnung. Und nicht nur bei Gesinnungen soll es bleiben. Wir verweisen auf die Organisationsarbeiten (Poln. Bl. Nr. 14, S. 151-2) einer bedeutenden Partei Kongresspolens, die das Zusammenleben Polens mit den Zentralmächten anstreben. Wir erinnern ferner an die entschlossenen Kundgebungen der polnischen Politiker während ihrer Zusammenkünfte in Piotrków und Krakau. Vor allem aber verweisen wir auf die Taten der polnischen Legionäre, deren ganze Regimenter Kinder Kongresspolens sind.

An gutem Willen, an politischer Einsicht, an reifen Gedanken fehlt es in Warschau sicher nicht. Mit vollem

Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung, im Einklang mit den besten Ueberlieferungen und den vitalsten Interessen ihres Volkes, handeln Elemente aus allen Volksschichten — pro Polonia, aber für ein Polen, dessen Front nur gegen Russland, dessen Zukunft nur im Bündnisse mit den Zentralmächten gedacht werden kann. Es wäre irreführend zu behaupten, dass diese Elemente das g a n z e Polenland repräsentieren. Wir bekennen offen: ein grosser Teil der Bevölkerung nimmt eine abwartende, zurückhaltende Stellung ein. Diejenigen Polen, die zu einem positiven Programm gelangt sind, versäumen gewiss nichts, um ihre Volksgenossen in entsprechendem Sinne aufzuklären. Allein das genügt nicht. Nicht von den Polen allein ist die Sache abhängig. Tatsachen, die mehr als Propaganda überzeugen, liegen nur im Bereiche der Machthaber. Die Polen können nur Ideale aufstellen, das Negative betreffs der Vergangenheit betonen. Praktische Menschen wollen nicht auf historischem Wege, sondern von Tatsachen überzeugt werden. Für Polen gilt eben auch, wie für die ganze Welt, der Grundsatz, dass Politik nicht eine Gefühlssache, sondern ein Rechenexempel ist . . .

Polen und Russland.

Unter der Ueberschrift: „Risum teneatis, amici“ veröffentlicht M. Łempicki im Warschauer „Kurjer Polski“ vom 2. II. folgenden Artikel:

„Im Zeitalter der Kriegswirrnisse, wo ganze Völker in ernster Spannung und mit verhaltenem Atem dem Lauf der geschichtlichen Ereignisse folgen oder in blutigem Ringen zu ihrer Gestaltung beitragen, ereignen sich Episoden voll drastischer Komik, die zu Ausbrüchen ehrlichen Lachens reizen müssen. Solche Episoden sind in den letzten Tagen zwei Nachrichten, die der Telegraph über die Welt trug: die erste das eben in der Zeitung „Nowoje Wremja“ veröffentlichte Projekt der Autonomie

Polens, das in russischen Regierungskreisen diskutiert werden soll; die zweite ein jüngst in der englischen Zeitschrift „Nation" veröffentlichter, offensichtlich von russischer Seite inspirierter Artikel, der die Mahnung an die Koalitionsmächte Frankreich und England enthält, sie hätten kein Recht, sich in die polnische Frage einzumischen, weil „nur Russland an dieser Frage unmittelbar interessiert" sei und von ihm allein die Entscheidung abhängen könne. „Jeder, der in der polnischen Frage das Wort ergreifen will, muss — so folgert der Artikel — diesen Gesichtspunkt als politisches Axiom hinnehmen.

Die Komik beruht darin, dass die Erklärung über das ausschliessliche russische Privileg zur Lösung der polnischen Frage in einem Augenblick abgegeben wird, in dem das Objekt der Frage selbst, die polnischen Gebiete, der Herrschaft Russlands entzogen ist. Aus dieser Tatsache würde der gewöhnliche Sterbliche, der sich der einfachen menschlichen Logik bedient, den Schluss ziehen, dass gerade Russland jetzt weder das Recht noch die Möglichkeit hat, über Polen zu entscheiden. Indessen die besondere Logik der russischen Staatsmänner und Publizisten geht andere Wege: Für sie existiert eine unliebsame Tatsache nicht und sie spinnt ihre betrügerischen Sophismen weiter. Und da die russische Geistesverfassung sich aus Logik überhaupt nichts macht, und es zur Kunst in frecher Umwertung aller Werte gebracht hat, zur Kunst in dem genauesten Nachweis, dass schwarz weiss ist und umgekehrt, dürften wir uns nicht wundern, wenn binnen kurzem russischerseits nicht an die Verbündeten, sondern an die siegreichen Gegner der freundschaftliche und kluge, warnende Rat gerichtet wird, sie möchten die polnische Frage nicht anrühren, da diese Frage ausserhalb ihrer Kompetenz liege.

Eine derartige Wendung ist durchaus möglich. Vergegenwärtigen wir uns nur, dass bereits nach Einnahme fast des ganzen Königreichs durch die Armeen

der Mittelmächte in Petersburg ein aus naiven, leichtgläubigen und bewusst ungeeigneten Menschen zusammengesetzter Rat berufen wurde, zur Verwirklichung der den Polen vor einem Jahr in dem Aufruf des Grossfürstes gegebenen Versprechungen. Damals erklärte der Führer der russischen Konstitutionalisten, Miljukow, die Ausarbeitung eines Autonomieprojektes für Polen durch die russische Regierung sei eine dringende Notwendigkeit, damit die polnische Frage nicht Gegenstand internationaler Verhandlungen werden könne und Russland sein angebliches Verfügungsrecht über Polen als unbestrittenes Eigentum behalte. Risum teneatis, amici, kann man dazu nur sagen.

Neben der durchaus lächerlichen Seite hat das Vorgehen Russlands noch eine andere, für alle, namentlich aber für uns Polen lehrreiche Seite, es verschleiert nämlich die wirklichen Bestrebungen und Befürchtungen der russischen Politik. „C'est le ridicule qui tue", sagen die Franzosen. Die Russen aber machen vor der gewaltigsten Lächerlichkeit nicht halt, so gross ist einerseits ihr Verlangen, über Polen zu herrschen, und andererseits ihre Furcht vor dem Verlust der polnischen Länder. Diese Furcht beraubt sie einfach der Besinnung und treibt sie auf den Weg der Lächerlichkeit. Bewusst oder unbewusst fühlt ganz Russland, dass mit der Lostrennung Polens und mit der Entstehung eines polnischen Staates aus diesem Kriege der russische Einfluss auf Europa zu Ende ist, ebenso seine nur durch Uebermacht und Verschlagenheit erworbene und Russland so gar nicht entsprechende Rolle einer grossen europäischen Macht. Die Leitung der russischen Regierung sieht klar die unvermeidlichen Folgen. Eine geizige und kurzsichtige Bürokratie zittert um das prächtige und reichliche Futter, das ihr Polen darbot; und schliesslich empfindet der in Russland herrschende grossrussische Stamm, dass seinen Eroberungs- und Vernichtungsinstinkten ein Ziel gesetzt wird.

Peter der Grosse stiess am Finnischen Busen für Russland ein Fenster nach Europa auf; ein breites Fenster öffnete Katharina die Grosse durch die Teilung Polens, ein Tor für weitere Ueberfälle, ein Einfallstor, wie sich unlängst im Deutschen Reichstag der Kanzler ausdrückte. Und jetzt geht die Furcht durch ganz Russland, dass dieses Fenster zugemauert, das Tor für immer geschlossen werden kann, die Furcht vor einer geschichtlichen Notwendigkeit, die nicht blindes Fatum, sondern ein Ausfluss der die Welt regierenden Gerechtigkeit ist. Diese Gerechtigkeit fügt Russland, trotz der scheinbar schmerzlichen Operation, in Wirklichkeit keine Ungerechtigkeit zu, sie heilt nur von einer verderblichen und seinen Nachbarn gefährlichen Krankheit, die sich „Expansion à tout prix" nennt und seine Rolle fälscht, die natürliche und historische Rolle des Zarentums von Moskau das die Aufgabe friedlicher kultureller Arbeit bei sich zu Hause, auf den gewaltigen Flächen des östlichen Europas und Asiens, vor sich hat.

Auf alle russische Lockungen, auf das beanspruchte Recht, unser Schicksal zu entscheiden, auf die Heuchelei der russischen Aufrufe, Versprechungen haben wir Polen nur eine Antwort: Im Laufe vieler Jahrhunderte war alles euer Trachten darauf gerichtet, unseren Niedergang herbeizuführen: nach Vernichtung des polnischen Staates — das ein Werk eurer Hände war — seid ihr darauf bedacht gewesen, unser Volk — das ein Werk Gottes ist — mit dem blinden Eifer der Barbaren auszurotten. Das war eine gottlose Tat, die ihr mit kaltem Blute vollbracht habt und die sich nun jetzt rächt; sie wurde zur Quelle eurer eigenen Demoralisation und der Schwäche eures Staates und führte in der Folge zu dem gegenwärtigen Stand der Niederlagen und inneren Ohnmacht. Eure Versprechung der „Vereinigung aller polnischen Länder" ist die schlecht maskierte Eroberungssucht von ganz Polen; eure Herrschaft, die nur auf Gewalt und Hinterlist sich stützte. ist für immer abgetan; nie hatten wir wirkliche Gesetze,

nun habt ihr keine Möglichkeit mehr, über unser Schicksal zu entscheiden. Der unaufhaltsame Lauf der Ereignisse hat euch um die Stimme in der Polenfrage gebracht.

Zur polnisch-ukrainischen Frage.

In einem Referate „Polen im Rahmen Oesterreich-Ungarns“ („Polen“, Wien. No. 56) erörtert die gegenwärtig entstandenen Möglichkeiten der Lemberger Rechtslehrer und Reichsratsabgeordnete Dr. Alfred v. Halban folgendermassen:

„Es würde nämlich zu der polnisch-ruthenischen Frage Galiziens, deren Lösung auf neuen Grundlagen durch die kurz vor dem Kriege beschlossene Reform der Landesordnung angebahnt wurde, die polnisch-ruthenische Frage einzelner Gebiete Kongress-Polens hinzutreten, namentlich im Gebiete von Lublin und Podlasie, allerdings numerisch nicht sehr belangreich. Die dortigen Ruthenen waren die einzigen in Russland, die der Union mit der römisch-katholischen Kirche treu blieben. Dies muss destomehr gerühmt werden, als ja Russland die Union nicht nur nicht uuterstützte, wie dies bei uns in Galizien geschah, sondern grausam verfolgte; diese Verfolgungen bilden den furchtbarsten Schandfleck der Geschichte aller Zeiten, insbesondere den grässlichsten Fleck in dei Geschichte des XIX. Jahrhunderts. Dennoch hat die gewaltsame Bekehrung zur Orthodoxie in Kongress-Polen nicht gesiegt, obwohl die Union in allen anderen, dem russischen Szepter unterstehenden ruthenischen Gebieten schon früher sehr schnell unterlegen ist. Diese märtyrerhafte Ausdauer hat die Ruthenen dieser Kreise den Polen näher gebracht als irgendwo sonst. Unvergleichlich ist das innige Verhältnis beider Teile dort, wo man Schulter an Schulter dem gemeinsamen Glaubensfeind zu trotzen hatte.

Von diesem schönen Verhältnisse ausghend und an den Grundlagen festhaltend, auf denen die neue

galizische Landesordnung unter Zustimmung beider Völker zustande kam, könnte man zu einer modernen nationalen Verfassung gelangen. Diese müsste sowohl denjenigen Landesteilen angepasst werden, in denen kompakte nationale Massen wohnen, wie auch gemischten Kreisen, schliesslich auch den Bedürfnissen kleiner Minoritäten; mit einem Worte, es müsste eine Kombination nationaler und territorialer Autonomie sein. Diese Kombination wäre durch eine entsprechende administrative Gebietseinteilung zu erleichtern, so dass innerhalb der territorialen Autonomie der betreffenden Kreise die nationale Autonomie zur Geltung käme. Da Kongress-Polen in zehn Verwaltungskreise zerfällt, müsste auch Galizien in einige Verwaltungskreise eingeteilt werden, in denen die Grundsätze der territorial-nationalen Autonomie zur Geltung kämen.

In politisch-nationaler Hinsicht möchte ich darauf hinweisen, dass zwischen Polen und Kleinrussen, sowie zwischen Polen und Weissrussen sowohl in Podolien, Volhynien und der Ukraine als auch in Kongress-Polen und Litauen das beste Einvernehmen besteht, dass die ukrainische Bewegung durch die Polen wesentlich unterstützt wird, obwohl die Orthodoxie der Kleinrussen das Zusammengehen erschwert. Warum sich unsere Beziehungen in Galizien nicht so gestalten konnten, wie es jeder einsichtige polnische Politiker gewünscht hätte, muss ich hier unerörtert lassen. Nur eines möchte ich ganz besonders hervorheben, weil es die künftige Sachlage objektiv beleuchten kann. Verstimmendes Misstrauen ist auf verhältnismässig beschränktem Raume, bei vielfach schwankenden Majoritäts- und Minoritätsverhältnissen, deshalb so oft unvermeidlich, weil man sich der Furcht der Entnationalisierung nicht erwehren kann. Da wird förmlich um jedes Individuum, um jeden Posten, um jede Kulturstätte gekämpft; die Verstärkung des einen Besitzstandes muss da oft als Bedrohung des anderen Besitzstandes erscheinen. Ganz anders in einem grossen selbständigen Komplexe, in dem die

Polen eine solch zweifellos gesicherte Majorität hätten, dass sie die Ruthenisierung nicht fürchten könnten, und in dem infolge der territorial-nationalen Autonomie sowohl die Ruthenen als auch die polnischen Minoritäten volle Entwicklungsfähigkeit geniessen würden. Die nationale Autonomie würde die Reibungsflächen ausschliessen. Auf einem neuen politischen Schauplatze, unter hervorragender Mitwirkung von Kräften, die an den bisherigen Differenzen nicht beteiligt waren, würde eine vollkommen neue Situation entstehen, zu dauerndem Nutzen beider Teile, die sich zusammen ihren zentraleuropäischen Aufgaben zu widmen haben würden.

Die Idee, die Kleinrussen und Weissrussen dem exklusiven Einflusse des Grossrussentums zu entziehen, ist ja von Polen ausgegangen; sie kann nur durch gemeinsame Bestrebungen der Polen und der Ruthenen verwirklicht werden; nur auf diese Weise kann man es vermeiden, dass unerwünschte Einflüsse zwischen diese beiden Elemente, namentlich in den von Russland beherrschten Gebieten, einen Keil treiben. Trotz nationaler Differenz sind die Polen und Ruthenen wirtschaftlich und sozial miteinander in Verbindung; manchenorts so sehr, dass die politische Verstimmung sozial-wirtschaftliche Folgen unliebsamer Art hervorrufen könnte, namentlich zwischen Grossgrundbesitz und Städten einerseits und dem Bauernstande andererseits; ebenso ist auch die Union auf das Mitwirken der römisch katholischen Kirche angewiesen. Der für Oesterreich erwünschte politische Effekt, nämlich die sukzessive Annäherung der Klein- und Weissrussen an Oesterreich-Ungarn, kann nur durch werktätige Mitarbeit der Polen erhofft werden und würde durch eine schädigende Verstimmung der Polen ganz zweifelhaft erscheinen.

Die polnische Frage im Königreich Polen 1815—1915.

Am 3. Mai 1915 sind hundert Jahre verflossen, seit auf dem Wiener Kongress die Errichtung des Königreichs Polen beschlossen wurde. Am 20. Juni 1815 wurde dessen Entstehung feierlich proklamiert; am 24. Dezember desselben Jahres übernahmen die vom russischen Zaren und polnischen Königs Alexander I. eingesetzten Behörden die Verwaltung. Eine in polnischer Sprache verfasste Schrift von Stanisław Kutrzeba, dem bekannten Geschichtslehrer an der Krakauer Universität*), gibt eine kurze historische Uebersicht dieses Jahrhunderts und der einzelnen verschiedenen Phasen der Gestaltung der polnischen Frage im Königreich Polen. Um den Gang der Ereignisse einleuchtend darzutun, greift der Verfasser auf die kausalen Vorbedingungen zurück, die die Entstehung Kongresspolens bewirkten.

Er fixiert das Jahr 1807, im Augenblick, als Napoleon nach den Schlachten bei Jena und Auerstädt das Herzogtum Warschau gründete. Dieses Warschauer Herzogtum war ein seltsames Gefüge. Ursprünglich von Posen über Kalisz und Bromberg bis Płock, Warschau und Łomża sich erstreckend, wurde es laut dem Schönbrunner Vertrag vom 14. Oktober 1809 um Neu-Galizien vergrössert, aber auch in dieser Gestalt umfasste es nicht einmal alle ethnographischen polnischen Länder. Die Konstitution, die Napoleon nach französischem Muster schuf, blieb der Nation in vielen Hinsichten fremd; der Napoleonische „code civile“ umging in Verkennung der Landesverhältnisse die eingewurzelten nationalen Sitten und Gebräuche und drängte dem sozialen Leben Formen auf, die zu den wirklichen Verhältnissen nicht passen wollten. Dessenungeachtet war dem nationalen Leben ein grosser Aufschwung vergönnt: die

*) Stanisław Kutrzeba. Sprawa polska w Królestwie Polskiem. 1815—1915. Lwów 1916. Księgarnia B. Połonieckiego.

polnische Sprache war vorherrschend in allen Aemtern, die Volksbildung stand in Blüte — zu Ende des kurzdauernden Herzogtums zählte man 1500 Elementarschulen. Nach dem Fiasko von 1812 folgten die russischen Truppen der grossen Armee und bereits im November 1813 überschwemmten sie das Land. Die neue provisorische Regierung hatte eine Dauer von circa drei Jahren. Anfangs war es der Oberste Rat mit dem General-Gouverneur des Herzogtums an der Spitze, aus 5 Mitgliedern bestehend, von denen 2 Polen, später aus 5 Statthaltern unter denen 2 Russen waren. Inzwischen wurde an der Schaffung einer neuen Konstitution gearbeitet. Bereits am 25. Mai 1815 unterzeichnete Alexander I. die in französischer Sprache verfassten „Grundbestimmungen der Konstitution". Diese Konstitution wurde am Weihnachtsabend 1815 eingeführt. Sie übertraf in vielen Beziehungen ihre Vorgängerin; sie war vielleicht weniger demokratisch, aber dafür liberaler und nationaler — sie knüpfte vielfach an die ehemalige polnische Tradition an. Die Absicht Alexanders ging dahin, die alte Konstitution so umzugestalten, dass sie eine absolut nationale werde und sich der Verfassung vom 3. Mai 1791, soweit es die Zeitumstände erlauben, nähere. Das Königreich hatte eine fast vollkommene Unabhängigkeit in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, im Gerichtswesen, alle Volksrechte waren im öffentlichen Leben und im Schulwesen anerkannt. Nur nach aussen hin stellte es mit Russland eine Einheit dar. Die Selbständigkeit Polens auf dem wirtschaftlichen Gebiete betonte die Zollinie, die das Königreich von Russland trennte. In Wirklichkeit aber sah nicht alles so aus, wie es nach den Konstitutionsbestimmungen sein sollte. Versprochen wurde viel — gehalten aber bedeutend weniger. Die Gewährleistung der persönlichen Freiheit wurde illusorisch gemacht. Das historische polnische Prinzip: neminem captivabimus nisi iure victum wurde in neminem captivari permittemus nisi iure victum umgesetzt. Die Pressefreiheit wurde durch die seit 1819

eingesetzte Zensur auf ein Mindestmass reduziert. Das in der Konstitution zugestandene Budgetbestimmungsrecht wurde umgangen, indem man die Ausarbeitung des Budgetplanes dem Staatsrat übertrug. Ein detailliertes Verzeichnis aller Uebergriffe und gesetzwidriger Massnahmen würde zu weit führen. Tatsache ist, dass eine der Hauptursachen des Novemberaufstandes das systematische Umgehen der Konstitution war.

Der Aufstand von 1831 machte der illusorischen Konstitution ein Ende und raubte den letzten Schein einer Selbstverwaltung, die in Wirklichkeit in keinem Verhältnis zu den diesbezüglichen Kongressbestimmungen stand. Russland benutzte den Aufstand als Grund zur Beseitigung der Konstitution. Das Königreich wurde endgültig und „auf ewige Zeiten" an Russland angegliedert und sollte nun einen untrennbaren Teil Russlands bilden. Nach der Uebernahme der administrativen Ausübungsorgane wurde auch allmählich das wirtschaftliche Bündnis mit Russland enger gezogen und die Spuren einer unabhängigen Wirtschaftsform verwischt. Im Jahre 1842 wurden die Zollsätze herabgesetzt und im Jahre 1850 die Zollgrenze zwischen Russland und Polen ganz aufgehoben. 1833 wurde der Belagerungszustand verhängt und seit dieser Zeit wohl nie aufgehoben. 1841 wurde russisches Geld eingeführt. Allmählich wurde die polnische Sprache dort, wo sie noch erhalten blieb, verdrängt und durch die russische ersetzt. Die Aemter wurden den Polen entzogen. Die polnische Armee wurde aufgelöst. An den Ausgaben Russlands sollte nun auch Polen mitbeteiligt sein. Das Schulwesen wurde 1839 umgestaltet und die Administration der russischen Zentralverwaltung in Petersburg untergeordnet. Ein russischer Kurator, dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts unterstellt, hatte die Aufsicht über alle Bildungsanstalten; ihm wurde auch die Zensur übertragen. Die Verwaltung des Verkehrsamtes wurde 1846 der Zentrale in Petersburg als XIII Verkehrskreis unterordnet. 1851 traf das gleiche Schicksal die Postdirektion. 1841

wurde der Staatsrat aufgelöst. Im Gerichtswesen wurden radikale Aenderungen vorgenommen, die die Herabdrückung des nationalen polnischen Einschlages auf ein Miedestmaas zur Folge hatten. 1851 wurde im Postbetrieb die polnische Sprache durch die russische ersetzt. Im Schulwesen führten die Reformen zur Ausbildung eines Spitzelsystems; die pädagogische Richtung zeichnete sich durch die Einführung der körperlichen Züchtigung aus.

Nach aussen hin verriet nichts eine Unruhe. Aber unter der scheinbaren Ruhe begann es immer mehr zu gären. Da kam Wielopolski. Es war eine der eigenartigsten Gestalten in der polnischen Geschichte des XIX. Jahrhunderts. Die Bedeutung dieses Mannes lässt sich an dem Geleisteten, obgleich es in einer minimalen Beziehung zu dem grossartigen Wurf seiner gesetzgeberischen Pläne bestand, erst recht bemessen. Wielopolski wurde von der russischen Regierung mit der Regelung der Verhältnisse, die unhaltbar zu werden drohten, beauftragt. Für die Grundlagen seiner Reformen benutzte er das Organische Statut vom Jahre 1832 und zum Teil auch die Konstitution vom Jahre 1815, wenn auch mit vielen Aenderungen. Der Staatsrat wurde, mit ausgedehnten Machtbefugnissen ausgestattet, wiederhergestellt; zu seinen Funktionen gehörten die Budgetsberatungen, die Beratungen über die Berichte der Verwaltungsämter, der städtischen und der Gouvernementräte, was eine Kontrolle über das ganze Königreich ermöglichte. Abgesehen vom Militärwesen wurde Polen wieder ganz von Russland getrennt. Die Postverwaltung, die oberste Leitung des Verkehrswesens waren nun wieder in polnischen Händen. Wiederhergestellt wurde die Kommission für „Volksbildung und Glaubensbekenntnisse“. Die höchsten Aemter bekleideten nun wieder die Polen. Der Posten des Statthalters erfuhr insofern eine Aenderung, als ihm 2 ausübende Stellvertreter — ein militärischer und ein ziviler — zugeteilt wurden.

Zu gleicher Zeit vollzogen sich bedeutende soziale

Reformen. Zunächst die Bauern- und die Judenreform. Die Juden erhielten fast alle bürgerliche Rechte. Das Ansiedlungsverbot in den Städten und den Dörfern wurde ausnahmslos aufgehoben; das Erwerben und Besitz von Grundeigentum anstandslos eingeräumt und die Einschränkungen in der Berufsausübung und im Privat- und Strafrechte beseitigt. Beibehalten blieben die Einschränkungen in der Bekleidung der Aemter, ferner die Nichtzulassung der hebräischen oder jüdischen Sprachen im Handel. In der Bauernfrage ging Wielopolski bei weitem nicht so radikal vor. Die bereits in Russland eingeführte Grundreform, die auch in Polen allseits verlangt wurde, liess Wielopolski ausser acht. Zu einer Belehnung der Bauern mit Grundbesitz kam es nicht. Wielopolski begnügte sich mit weniger entscheidenden Reformen.

Eine der bedeutendsten Schöpfungen Wielopolskis war die Einführung des Selbstverwaltungssystems. In manchen Hinsichten war es grosszügig gedacht, in anderen wiederum zu kurz geraten. In den Bezirken entstanden Bezirksräte; die Zahl der Mitglieder eines jeden betrug 15—18, gewählt wurden die Mitglieder auf 6 Jahre. Wählen durften Grundbesitzer und Pächter, wenn sie Erwerbssteuer zahlten (die ersten 6, die zweiten 18 Rubel), ferner alle diejenigen, die ein Einkommen von 180 Rubel hatten, oder 60 Rubel Miete zahlten. Der Vorsitzende wurde aus der Mitte der Mitglieder gewählt. Die Selbstverwaltung des Bezirksrats wurde durch keine Einschränkungen beeinträchtigt. Beschränkter war die Tätigkeit der Gouvernementsräte. Sie bestanden aus von den Bezirksräten gewählten Mitgliedern. Die Räte bezogen keine Gehälter, berieten nur über die Bedürfnisse der Gouvernements und sprachen der Regierung gegenüber ihre Meinung aus. Neben diesen Selbstverwaltungskörpern führte Wielopolski vorläufig in 33 Städten die kommunale Selbstverwaltung ein. Die Mitgliederzahl des Stadtrates hing von der Grösse der Stadt ab; in den kleinen Städten gab es

ihrer 8, in den grösseren 12, in Warschau 24. Diese Stadträte wurden vom Magistrat gewählt und von der Regierung bestätigt und auch stark von ihr abhängig gemacht.

Dieses System der Selbstverwaltungsbehörden wurde nicht vollständig durchgeführt. Wielopolski beabsichtigte das Verwaltungssystem auch auf die Landgemeinden auszudehnen. Die Gemeinden sollten umfangreicher sein. Die Zahl der Gemeinden in Polen — etwa 5000 — wurde im Jahre 1859 auf 3000, nach dem Grundsatz, dass jede Gemeinde mindestens 50 Wohnhäuser zählen müsse, reduziert. Das Wahlrecht stützte Wielopolski auf Grundbesitz, Einkommen oder Beruf, alle Schichten der Bevölkerung hatten an den Wahlen Anteil. Zur Ausführung seines Planes kam es indessen nicht mehr. Sein besonderes Augenmerk richtete W. auf die Volksbildung. Seiner Gesetzgebung vom Jahre 1862 nach, sollten Volks- und Bezirksschulen, Gymnasien und Hochschulen entstehen. Er wollte den Schulzwang einführen, — aber dieser Vorschlag wurde zurückgewiesen. In den Mittelschulen beseitigte Wielopolski die Aufsicht der Inspektoren, die einen ausgesprochen polizeilichen, keinen pädagogischen Charakter hatte. Die Zahl der Gymnasien wurde sofort auf 13 erhöht, ein polytechnisches Institut und eine Landwirtschaftliche-Forstschule in Puławy und vor allem die Universität in Warschau errichtet. Die Schule war, der Sprache und dem Geiste nach, polnisch.

Dies waren die Ergebnisse der Reformtätigkeit Wielopolskis. Sie waren nicht vollkommen, vor allem unvollständig, aber immerhin von erheblicher Bedeutung. Trotzdem kam es 1863 zum Aufstand.

Von allen Reformen Wielopolskis überlebte ihn nur die Gleichberechtigung der Juden. Mit dieser einen Ausnahme zerschellten alle unter den Schlägen eines Czerkasskij und eines Milutin, die nun das Land verwalteten. Es wiederholte sich die Aera, die das Königreich bereits einmal, nach dem ersten Aufstande vom

Jahre 1831 durchgemacht hatte. Nur war die Itensität der Verfolgungen unvergleichlich stärker. Polen, das eine konstitutionelle Verfassung bereits hatte, kulturell so bedeutend höher als Russland stand, beginnt seit 1863 merklich in sozialer Hinsicht zurückzugehen, während Russland, zwar langsam, aber immerhin vorwärts schritt. Von den Früchten dieses Fortschrittes innerhalb des Kaiserreiches war Polen gewaltsam zurückgehalten; die russische Selbstverwaltung fand keine Anwendung auf Polen. Nur die Dorfgemeinde erhielt Selbstverwaltung. Die Bauern wurden mit Grundbesitz belehnt, die Enteigneten mehr oder weniger entschädigt. Diese Reform, die dem Lande zugute kam, verfolgte politische Ziele. Die Bauern wurden bevorzugt, weil sie sich dem Aufstand nicht angeschlossen hatten. Die Bauernschaft sollte „ein Schild gegen die revolutionären Umtriebe der Schlachta" werden. Gleichzeitig mit dieser Reform wurde die Dorfgemeinde neu organisiert. Das ist so ziemlich alles, was Polen erntete. Dagegen wurden alle Institutionen, die noch einen Schein von Selbständigkeit bewahrten, nach und nach aufgelöst. Eine rücksichtslose Russifizierungswut setzte nun ein und ging in ihrer Verblendung bis ans Aeusserste. Es ist hier nicht der Ort, auf die einzelnen Phasen dieser Ausrottungsbestrebungen einzugehen und zu zeigen, auf welche Weise der Verlust der letzten Reste von Selbständigkeit sich vollzogen hat. Zu Beginn des XX. Jahrhunderts war die Unterjochung soweit gediehen, dass Polen fast restlos der Willkür und der Gewaltherrschaft der russischen Satrapen preisgegeben ward. Allein das genügte nicht. Man begann Polen zu zerstückeln; der Name „Königreich Polen" schreckte, und man wollte die Einheit des Landes auch geographisch auflösen. Und so wurde 1911 je ein Teil der Gouvernements Siedlce-Lublin ausgeschaltet und ein neues russisches Gouvernement Chełm geschaffen.

In der konstitutionellen Aera in Russland wurde Polen von 36 (unter 524) Abgeordneten in der Reichs-

duma vertreten. Der Staatsstreich von 1907 hat ihre Zahl auf 14 reduziert. Eine gewisse Erleichterung brachte die Revolution doch: die polnische Sprache wurde in den privaten Mittelschulen Unterrichtssprache. Obwohl diese Schulen ohne öffentliche Rechte waren, bedeutete dieser Gewinn der Muttersprache sehr viel. Sonst aber erfuhr das nationale Leben, auch in jener so hoffnungsvollen Zeit, keine Förderung.

„Die Hoffnungen, dass das Licht, dass die Konstitution im fernen Norden entflammte, den grauen Himmel Polens erhellen wird, waren trügerisch. Statt Wärme, statt hellen Glanz erreichten Polen nur kalte Strahlen, nicht der Sonne der Freiheit, sondern des Nordlichtes, welches zwar die im Dunkeln Irrenden mit seinem Scheine lockt, doch nie erwärmt."

H. Kierski.

Unrichtige Ziffern über Polen.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 17. Januar 1916 sind folgende Ausführungen zu lesen: „Kongresspolen zählte vor dem Kriege etwa elf Millionen Einwohner, worunter etwa 8 Millionen Polen, 1,700000 Juden und 700000 Deutsche."

Ferner wird in einem Artikel von Prof. Hoetzsch in der „Kreuzzeitung" folgende Behauptung aufgestellt: „Kongresspolen zählt gegenwärtig etwa 13 Millionen Einwohner; von dieser Zahl entfallen auf Polen 10 Millionen, auf Juden $1^1/_2$—$1^3/_4$ Millionen, auf Deutsche — 500000 und auf Russen — 750000; Kongresspolen ist somit in nationaler Hinsicht nicht einheitlich und nur zu 70% polnisch".

Diese Angaben sind unrichtig. Die allgemein gehaltenen Ziffern lassen sich auf Grund des „Statistischen Jahrbuches des Königreichs Polen für 1914", das vor kurzem erschienen ist und genaue und absolut zuverlässige Angaben enthält, leicht richtigstellen.

Am 1. Januar 1912 zählte nämlich Polen insgesamt 12.776.110 Einwohner. Da der jährliche Zuwachs in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 2% betrug, wäre anzunehmen, dass am 1. Januar 1915, also gleich nach Kriegsausbruch, Polen 13.557.000 Einwohner zählte, oder um eine halbe Million mehr als Herr Hoetzsch angibt.

Das amtliche Warschauer statistische Komitee bezifferte am 1. Januar 1909 die Zahl der Protestanten in Polen auf 634.649, Juden — auf 1.747.655, Orthodoxen — auf 476.000. Wenn wir den jährlichen Zuwachs (1908) für Protestanten mit 12.000, für Juden mit 22.000 und Orthodoxen mit 6.000 veranschlagen, so ergibt sich, dass im Laufe der letzten 6 Jahre 72.000 Protestanten, 132.000 Juden und 36.000 Orthodoxen zukamen.

Am 1. Januar 1915 konnte somit Polen 706.649 Protestanten, 1.879.655 Juden und 512.000 Orthodoxen zählen: Der Rest — 10.458.000 würde auf die Katholiken entfallen, von den 80 000 zur litauischen Nationalität gehört, die in gedrängter Masse den nördlichen Teil des Gouvernements Suwałki bewohnt. Die Zahl der Polen würde somit 10.378.696 betragen. Das statistische Jahrbuch bezeichnet den Prozentsatz der Polen im Königreich Polen mit ca. $74^1/_2$, was der oben erwähnten Zahl der polnischen Bevölkerung entspricht und sodann ca. 75% bildet, und nicht 70%, wie irrtümlicherweise Herr Hoetzsch angibt.

Zur Richtigstellung der ungenauen Ziffern über Polen wird auch leider ein wissenschaftliches Buch, dass vor kurzem bei Georg Reiner, Berlin, erschienen (Dr. Erich Zechlin: Die Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung im Zartum Polen), nicht beitragen. Der geehrte Verfasser verfährt methodisch und bedient sich einer durchaus modernen wissenschaftlichen Forschungsweise, leider hat er seinem Werke nur die Arbeiten des Warschauer „Russischen Statistischen Komitees“ zugrunde gelegt, denen er selbst unrichtige Daten und Widersprüche zum Vorwurf macht. Das Wichtigste ist aber, dass der Verfasser nur Zahlen von

1904 und für Bevölkerungsstatistik von 1909 anführt. Schon zu Beginn 1914 ist in Warschau in polnischer Sprache das „Statistische Jahrbuch des Königreichs Polen“ (Rocznik statystyczny Królestwa Polskiego) erschienen, das eine umfangreiche Bibliographie enthält, und wenn es darauf ankommt, amtliche Ziffern vom Jahre 1911 anführt. Noch vor August 1915 ist in Warschau der zweite Band dieses „Statistischen Jahrbuchs“ erschienen, der noch inhaltsreicher und auf den neusten Ziffern gestützt ist.

Noch eine Bemerkung. Herr Dr. Zechlin spricht schon im Titel von einem „Zartum Polen“ und bedient sich dieser Bezeichnung uberall im Text. Das ist ein Russizismus, gegen den die Polen sich verwahren müssen. Ihr Vaterland war jahrhundertelang ein Königreich; auf Grund des Vertrages des Wiener Kongresses vom 3. Mai 1815 (d'Angeberg, 652) wurde der grösste Teil des Herzogtums Warschau etc. als ein Staat „Etat“) anerkannt, dessen Herrscher, der russische Kaiser, den Titel König von Polen führen soll. „Zar“, „Zartum“ sind nur der griechisch-orthodoxen Nomenklatur entnommen; Polen gehörte und gehört zur westeuropäischen Kulturwelt und beharrt bei seiner Bezeichnung als „Königreich“. Das „Zartum“ erinnert es an seine schlimmsten Zeiten und kein Pole wird diese weder staatsrechtlich noch philologisch berechtigte Benennung akzeptieren.

L. Brzeski.

✵✵✵✵ Vom Büchertisch. ✵✵✵✵

Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke von Dr. Richard Bahr. Berlin, Verlag von Karl Curtius.

In seiner „Einführung“ versichert der Verfasser, dass alles, was in seinem Büchlein steht, aus heisser Liebe zu Deutschlands Volk und Vaterland geschrieben wurde. Der Nicht-Deutsche braucht diese Versicherung nicht: er fühlt sie nicht aus den Worten, sondern aus

dem Empfinden, aus der ganzen Betrachtungsweise des Verfassers heraus. Mit deutschen Augen schaut er in unsere polnische Welt hinein, mit dem Massstabe deutscher Interessen misst er sie. Der deutsche Corpsstudent erwacht in ihm bei Betrachtung der akademischen Feier in Warschau (S. 11); stolz ist er auf die deutsche Kultur, die in einem eroberten Lande „nichts anderes“ kennt, als dem Analphabetentum den Krieg zu erklären und Hochschulen zu eröffnen (S. 13.); „mit Respekt“ spricht er von den privaten Tugenden der deutschen Beamten und Offiziere (S. 28) und mit Liebe und Bewunderung von ihrer Fortsetzung der alten Ueberlieferungen der preussischen Verwaltungskunst. Das ist eine rein deutsche Anschauung, die schliesslich ins Politische übergeht und zu realpolitischen Wertungen sich verdichtet, wenn der Verfasser die Zukunft nicht vom Gesichtspunkte der deutschen Grenzen, sondern von den Interessen des „Gesamtdeutschtums“ gesichert sehen will (S. 62).

Natürlich können wir den deutschen Standpunkt des Herrn Dr. Bahr vollkommen würdigen. Zur Charakteristik fügen wir noch hinzu, dass er — wie das Vorwort erwähnt — in Kurland geboren wurde, in Dorpat vielleicht, oder in Riga in seiner Jugend mit Polen verkehrt und dort das russische Joch und den gemeinsamen Feind kennen gelernt hat. So ist es gekommen, „dass man selbst in der Diaspora gelebt haben muss, um hier ganz gerecht zu urteilen.“

Dieser Gerechtigkeitssinn den Polen gegenüber ist bei einer so ausgesprochen deutscher Persönlichkeit das hervorragendste Merkmal der Bahr'schen Ausfürungen. Sie wollen bloss „Stimmungen und Eindrücke“ wiedergeben und — vom deutschen Patriotismus und scharfen Menschenverstand getragen, vom Gerechtigkeitssinn beleuchtet — sind sie zu einem Dokument ersten Ranges geworden. Schlicht und getreu wird hier erzählt, was der Verfasser während seines Aufenthaltes in Warschau gesehen. Er ist voll Lob für das Funktionieren des Bürgerkomitees, das er „ganz vortrefflich“ nennt (S. 31); er spricht unbeschränkte Anerkennung nicht nur den freiwilligen Warschauer Milizianten aus (S, 31), sondern auch der Haltung des Warschauer Publikums (S. 32), und kommt auf Grund der Beobachtung der polnischen Massen zum Schluss, „dass diese Massen Disziplin zu halten wissen.“ „Diese Polen verstehen also Selbstherrschung zu üben — urteilt er, der vom Leben, nicht von der grauen Theorie oder von der politischen Voreingenommenheit herkommt — und darum, scheint mir, könnte man in machem Stück vielleicht sie freier gewähren lassen“ (S. 33)... Eine andere Gruppe von Beobachtungen führt ihn zu dem Ergebnis: „es gibt unter den Polen politisch Urteilende nicht mehr, die eine Wiederkehr der Russen wünschen (S. 24) ausführlicher werden die vermeintlichen *wirtschaftlichen* Ursachen des „Russophilismus“ behandelt (S. 25); — der deutsche Leser wird mit Staunen erfahren, dass aus wirtschftlichen Gründen viele deutsche Geldmacher russophil gesinnt

sind; aber was für Schlussfolgerungen zieht daraus der einsichtsvolle Verfasser? „Hier sollte nur . . . dargetan werden, wie verheerend ein Privilegien- und Nationalitätenstaat zu wirken vermag“ (S. 54).

Viel Kluges und Wohldurchdachtes enthalten die Aeusserungen Dr. Richard Bahrs über die Judenfrage, ferner über die Verwaltung und über die Nachteile der Behandlung der polnischen Frage ausschliesslich vom Standpunkte der inneren Politik. Das führt uns aber zu den programmatischen Ausführungen des Verfassers (S. 59—62), die hier nicht wiederholt werden können. Wir verweisen übrigens auf das Kapitel: „Wo soll's hinaus?“, das in No. 12 der „Polnischen Blätter“ abgedruckt wurde.

Das Büchlein Dr. Richard Bahr's wird von den Polen in Ehren gehalten werden als ein Zeugnis deutscher Gesinnung, deutschen Gerechtigkeits- und politischen Gestaltungssinnes.

Noch eine Bemerkung. Von politischen Erzeugissen wird gewöhnlich in formaler Beziehung nicht viel verlangt. Die Aufsätze Dr. Bahr's fordern aber auch literarische Wertung heraus. Ihr eigentümlicher Reiz besteht in einem anspruchslosen, aber durchaus originellen Stil, der weit entfernt vom banalen oder aufgebauschten Zeitungsdeutsch, voll wahrheitsgetreuer Bilder, epigramatischer Bezeichnungen und feiner Nuancen ist. In jeder Beziehung eine Lektüre, die das Gemüt und den Verstand bereichert.

Leon Wasilewski: Rosya wobec Polaków w dobie „konstytucyjnej“. Kraków, 1916. (Die Haltung Russlands gegenüber den Polen in der konstitutionellen Aera.) Nakład Wydawnictw N. K. N.

Ein sichtbares Zeichen des Uebergangs des despotischen Russlands zu einer konstitutionellen Staatsform, das russische Parlament, nahm sofort eine schroffe Stellung gegen die Polen ein, die sich mit jeder neuen Duma immer feindlicher gestaltete. Die Vertreter der russischen Gesellschaft mit den konstitutionellen Demokraten (Kadetten) an der Spitze betraten den von der Bürokratie vorgeschriebenen Weg und vermieden jede Erwähnung der Polen. In der neuen Grundgesetzgebung vom 23. April 1906 wurde der Name „Königreich Polen“ beseitigt. Die Haltung der II. Duma war von einer grösseren Kälte gekennzeichnet Das Manifest des Zaren bei der Auflösung der zweiten Duma enthielt eine Auslassung gegen die „Andersgläubigen“, worunter die Polen gemeint waren. Die dritte Duma offenbarte den grössten Hass des nationalistischen „Konstitutionalismus“ gegen die Polen. Sie vollbrachte das Werk der Ausschaltung des Chełmer Landes. An diese konstitutionelle Tat knüpft sich eine Reihe von Begünstigungen der russischen Minderheit auf Kosten der Polen. Mit einer in der Geschichte des Parlamentarismus wohl beispiellosen Eile wurde der Gesetzentwurf erledigt, ohne dass es zu einem Schrei des Leides, der Empörung seitens der Polen kam: zu Beginn der Verhandlungen wurden den polnischen Rednern

5 Minuten eingeräumt, zum Schluss wurde ihnen das Wort verweigert. An die Ausschaltung des Chełmer Landes reihte sich in würdiger Weise die Geschichte des städtischen Selbstverwaltungsprojektes. Warschau und Łodż hatten keine städtische Selbstverwaltung. Erst kurz vor dem Ausbruch des Krieges (1912) trat die Regierung an die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes heran, der, wie vorauszusehen war, von russifizierenden Tendenzen durchtränkt war. Diesen Antrag, der in den Grundbestimmungen weit hinter den bescheidensten Hoffnungen zurückblieb und den Polen fast gar keine Konzessionen machte, wurde wegen seiner „polnischen" Richtung von der Duma abgewiesen. Die zweite „verbesserte" Redaktion wurde in der Duma angenommen, und dem Staatsrate zur Bestätigung überwiesen. Der Staatrat fand auch diese Verbesserungen ungenügend und modifizierte den Entwurf derart, dass die Zugeständnisse an die polnische Sprache in der Verwaltung, die doch die Duma beibehielt, restlos verschwanden. Ein weiterer Schlag für das Nationalbewusstsein der Polen war die Verstaatlichung der Warschauer-Wiener-Eisenbahn (am 14. Januar 1912). So stellte sich die konstitutionelle Fürsorge Russlands über Polen dar, seit dem denkwürdigen 30. Oktober 1905 bis zum Ausbruch des Krieges.

Obige Broschüre, vom Obersten Polnischen Nationalkomitee herausgegeben, ist geeignet, die Unwissenden und Zaghaften vollends aufzuklären. Besonders ausführlich wird vom Verfasser das Kapitel der Verfolgungen in den westlichen Provinzen — in Litauen, Weissrussland usw. behandelt

H. Kierski.

Pressestimmen.

I. Wirtschaftlicher Russophilismus.

Ueber den angeblichen Russophilismus der Polen aus wirtschaftlichen Gründen schreibt der „Kuryer Warszawski", Folgendes:

„Wir möchten vor allem feststellen, dass die Kategorie derjenigen, die das ganze Glück Polens im politischen status quo erblicken, sich auf eine geringe Zahl von Fabrikanten beschränkt, die Galanterie- und Wollwaren nach Russland absetzen oder staatliche Aufträge erhalten. Diese Leute haben so wenig für ihr Lrnd übrig, dass sie seine höheren nationalen, ja selbst seine wirtschaftlichen Interessen nicht richtig einzuschätzen vermögen. Die gebildeteren Kreise unseres Volkes sind sich aber darüber einig, dass unsere wirtschaftlichen Vorteile aus dem Zusammenhang mit Russland mehr scheinbarer als

wirklicher Natur waren. Das seit 1871 bestehende Schutzzollsystem hat bei uns, wie bekannt, eine Industrie entwickelt, aber wie war diese? Von Ausländern war sie begründet und auf Russland zugeschnitten. Die Fremden führten zuweilen ungeheure Verdienste aus, durch den Export nach dem Osten gelangte aber wiederum die polnische Industrie in Abhängigkeit von der russischen. „Auf diesem Wege vollzieht sich“, so schrieb Mendelejew, „eine friedliche Assimilierung Polens wie sie den friedlichen Intentionen des russischen Volkes entspricht“. Die wirtschaftliche Politik eines Staates endet doch aber nicht mit den Zöllen und Eisenbahntarifen. Dazu gehören auch: Organisation des Kreditwesens, Verkehrserleichterungen, staatliche Lieferungen, Hilfe für neu entstehende Zweige der Industrie, die allgemeine und fachwissenschaftliche Schule, die Steuerpolitik uhd Zivilgesetzgebung, schliesslich die Bildung von Berufsvertretungen. Auf allen diesen Gebieten hat uns die Zugehörigkeit zu Russland ausschliesslich Nachteile gebracht. Im Kreditwesen wurden wir zum Anhängsel des deutschen Systems und gerieten in vollkommene Abhängigkeit von Deutschland. Staatslieferungen gab es nur sehr wenige. Von Verkehrsverbindungen selbst allerersten Ranges, auch von der Verbesserung der Wasserstrassen wollte man garnichts hören. Die Handels- und Industriegesetzgebung war rückständig, vielfach schlimmer als in Russland. Der Mangel an allgemeiuer Bildung und, was daraus folgt, auch an Fachbildung hat unser wirtschaftliches Leben stark beeinflusst. Infolgedessen konnten wir bei uns viele Industriezweige nicht entwickeln, die höhere Ansprüche an die Arbeiter und die Leiter stellen. In der heutigen Zeit ist die Entwicklung der Industrie derart abhängig von der geistigen, ethischen und gesellschaftlichen Kultur des Volkes, dass ohne ihre Hebung garnicht an eine Ausbreitung der ersteren gedacht werden kann.

Alle diese Dinge werden bei uus von den politischen und national Denkenden voll gewürdigt, deshalb gab es bei uns nie eine stärker ausgeprägte Vorliebe für das östliche Absatzgebiet, wie dies mitunter falsch selbst von radikal-polnischer Seite geschildert wird. Im Gegenteil, seit langem schon wurde bei uns auf die Notwendigkeit higewiesen, dem innereu Markte seine Aufmerksamkeit zu widmen, uns wirtschaftlich unabhängig von Russland zu machen, die Produktion qualitativ zu heben und dem Bedürfnis der Innlandskosumenten anzupassen. Wir konnten leider nichts davon verwirklichen, so lange das politische Land mit Russland bestand und die Bestrebungen der „friedlichen Assimilierung“ sich breit machten.

II. Jargon und die Judenfrage.

„Das Ostjudentum am Scheidewege“ ist ein Aufsatz betitelt, den die von Prof. Dr. Ludwig Geiger redigierte „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (Nr. 5) von Prof. Dr. A e x a n d e r B r ü c k n e r bringt.

Der geehrte Verfasser skizziert kurz die Geschichte und die gegenwärtige Verquickung der jüdisch-polnischen Verhältnisse und geht zu den aktuellsten Fragen über: Wir brauchen nicht in Erinnerung zu bringen, dass Prof. Brückner als Sprachforscher einer der berufensten Experte über die sprachlichen Zustände ist.

„Uns — schreibt Prof. Brückner — interessiert hier nur der Jargon als Unterrichtssprache. Im Prinzip das einzig Gerechte: die jüdischen Kinder verstehen nichts als den Jargon, folglich muss ihnen der Unterricht im Jargon erteilt werden, soll er nicht zu einer Quälerei ausarten. Gerade die Polen, welche am eigenen Leibe die wunderbaren pädagogischen Erfolge fremdsprachlichen Unterrichts schmerzhaft spüren, werden nach dem Grundsatz: Tue nicht anderen an, was dir selbst nicht lieb ist, das volle Recht der jüdischen Kinder auf Jargon als Unterrichtsprache anerkennen; daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass polnische und jüdische Kinder für immer getrennt bleiben, was ja die jüdischen Nationalisten gerade wünschen. Dieser erste Schritt zieht jedoch weitere, bedenklichere, nach sich.

„Man kann doch nicht alle jüdischen Kinder, die ja, da die Juden hauptsächlich nur in Städten wohnen, Stadtkinder sind, zur blossen Vollendung der Anfangsschule anhalten; manche wollen weiter hinaus, über eine blosse Fibelschule weg. Ist nun der Jargon auch für einen höheren Unterricht geeignet? Diese Frage ist unbedingt zu verneinen. Dass es eine belletristische und publizistische Jargonliteratur gibt, daraus folgt noch gar nichts; die Geschichte von Lining und Mining lese ich im Platt mit dem höchsten Vergnügen; wie für Fritz Reuter, so ist auch für Schalom Asch der Dialekt eine Würze der Erzählung mehr, aber eine Weltgeschichte oder Astronomie in Platt oder im Jargon mutet nur wie eine Parodie an. Beide reichen heute, wie jeder beliebige Dialekt, für den Hausgebrauch aus; nur fällt es dem Platt nicht ein, sich in Schule, Amt, Kirche breitzumachen; niemand wehrt dem Platt in der Familie, Belletristik, Theater — was darüber wäre, wäre vom Uebel. Zu einer Unterrichtssprache gehört doch eine Terminologie — es bliebe dem Jargon nichts übrig, als die fertige deutsche herüberzunehmen; zu ihr gehört weiter eine Grammatik und eine Orthographie; die Orthographie muss, da eine historische für den unhistorischen Jargon ausgeschlossen ist, phonetisch oder etymologisch sein; jede phonetische ist (ausser für oft rein imaginäre, wissenschaftliche Zwecke) undurchführbar (zudem unterscheidet sich der russische und der polnische Jargon nicht ganz unerheblich — welcher wird da zugrunde gelegt werden?); die etymologische Orthographie wiederum führt so nahe an das Deutsche heran, dass der Jargon ziemlich überflüssig würde; der Bayer und der Schlesier, die ja denselben deutschen Dialekt sprechen wie die polnischen Juden, lernen doch nicht Bayrisch oder Schlesisch, sondern Deutsch, weil anderes unvernünftig wäre. Ja, hätte der Jargon eine hundertjährige Entwicklung hinter

sich, wäre er eine Schriftsprache (wie das Vlämische zum Beispiel), aber erst ihn künstlich zu einer Sprache zu züchten, die keinen Augenblick genügen kann, von der man stets zur deutschen Schriftprobe greifen muss, wäre wohl unverzeihliche Verschwendung von Zeit und Mühe. Ajgl, gite, Tate, Mame, lige, scheimen sech, warfe me Stain dr Eirn gesukt, san, Haus, Wap, Wabr, de Jurn lojfn usw. für: Aeuglein, gute, schämen sich, den Stein der Erden gesagt, sein, Weib, Weiber, die Jahre laufen usw., wer kennt nicht Aehnliches aus deutschen Dialekten, aber die eng gesteckten Grenzen des Dialektes dürfen diese Schönheiten mit Recht nicht überschreiten. Dem Jargon fehlen gegenüber dem Deutschen alle Bedingungen zu einer Schriftsprache — ja, wenn das Deutsche nicht da wäre!

„Die Verteidiger des Jargons rücken denn auch mit einem triftigeren Argument heraus: er sei nicht Selbstzweck in der Schule, er solle nur zum Deutschen überleiten. Wir fragen hier nicht nach der Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses, ob die Einschmuggler des Jargons in die Schule sich nur den Anfang schwer denken, das Weitere, der Jargon auch in der Mittelschule usw., würde sich dann von selbst behaupten lassen; wir nehmen ihre Aeusserung als buchstäblich wahr an. Ja, mehr noch, es erheben sich Stimmen, die überhaupt als deutsches Bollwerk, als Vorposten des Deutschtums die polnischen Juden hinstellen, sie gegen das „Slawentum“ (d. h. gegen die Polen) ausspielen wollen; es gab sogar Stimmen, die die polnischen Juden, die arme, orthodoxe, unwissende, abergläubische Menge, als die Pioniere des Westens, als die eigentlichen Vertreter westlicher Kultur im Osten bezeichneten: der Unbeteiligte konnte nur fragen, ob das Spott eder Ernst wäre?

„Ja, wenn eine Germanisierung Polens beabsichtigt wäre, könnte man diese Lockrufe verstehen; da könnten wirklich die Juden, zusammengedrängt in den Städten, wie sie sind, dabei erhebliche Dienste leisten (ob zum Entzücken ihrer eigenen Nationalisten, bleibe dahingestellt.) Aber an eine Germanisierung Polens nach dem Kriege wird im Ernst keinen Augenblick lang gedacht werden, es entfällt somit auch dieser letzte Vorwand.

Die polnischen Juden sind auf Polen angewiesen, sie sind keine internationalen Freimaurer und noch weniger heimatlose Zigeuner; ihr eigenstes Interesse ist daher mit dem des Landes aufs engste verknüpft; wer oder was würde ihnen Polen ersetzen? Amerika, Palästina etwa? Eine nüchterne Erwägung muss sie belehren, dass sie zum Lande gehören, dass jeder dauernde Separatismus, dass jedes Ausspielen fremder Intervention (ob nun der russischen oder deutschen) sich an ihnen selbst rächen muss. Wohl haben sich leider Polen 1914 und 1915 viel gegen sie zuschulden kommen lassen, mögen auch die darüber in Europa von Interessierten verbreiteten Angaben stark übertrieben sein. Aber heute ist gottlob die Luft gesäubert, die Russen, die Russophilen à la Dmowski, manche Lit-

wakenagitatoren (die z. B. eine Zeitung herausgeben, die an Polenhass alles Dagewesene überstieg) haben gottlob das Land verlassen; die schlimmsten Hetzer sind fort. Da wäre doch die Möglichkeit einer Aussprache, eines Nachgebens und Verständigens gegeben. Die jüdischen Offiziere, die, in den polnischen Legionen freiwillig gegen die Russen kämpfend, den Heldentod fanden, die Dr. E. Szalit, Dr. A. Sternschuss, Mansperl, Blauer, Steinhaus, sie dürften der Sache der polnischen Juden besser gedient haben, als die da stets den Antagonismus und den Separatismus herausstreichen, die vergessen wollen, dass sie Bürger eines Landes sind."

NOTIZEN.

Der Amtlichen Handelsstelle deutscher Handelskammern, die im vorigen Herbste zur Förderung des Geschäftsverkehrs zwischen Deutschland und dem besetzten Gebiete Russlands gegründet wurde, sind bisher 65 deutsche Handelskammern aus allen Teilen des Reiches beigetreten. Demgemäss hat sich die Tätigkeit der Handelsstelle ausserordentlich gesteigert, insbesondere seitdem eine Gebühr für die von ihr vermittelten Geschäfte nicht mehr erhoben wird und durch die ihr bewilligte Zensurfreiheit und sonstige Erleichterungen des Geschäftsverkehrs die Vorteile, welche sie der deutschen Kaufmannschaft gewährt, in deutliche Erscheinung getreten sind. Eine umfangreiche Wirksamkeit hat die Handelsstelle namentlich auch in der Nachweisung geeigneter Vertreter sowie in der aussergewöhnlichen Einziehungen von Forderungen entfaltet. In dieser Hinsicht kommt ihr die Befugnis, nicht zahlungswillige Schuldner polizeilich vorführen zu lassen und zur Darlegung ihrer Verhältnisse zu veranlassen, erheblich zustatten. Die Summe der ihr zur Beitreibung überwiesenen Forderungen hat bereits 2 Mill. M. überschritten. Von den deutschen Behörden im besetzten Gebiete wird die Handelsstelle in weitem Masse zur Erstattung von Auskünften und Gutachten in Anspruch genommen.

In der kürzlich abgehaltenen Vertreterversammlung der Handelsstelle wurde angeregt, durch eine allgemeine Industrieausstellung oder durch Sonderausstellungen dafür zu sorgen, dass auch nach Ende des Krieges der Absatz deutscher Waren im besetzten Gebiete gesichert und gehoben werde. Der Vorstand beschloss, diese Frage eingehend zu erwägen. Ferner wurde die Direktion in Warschau beauftragt, auf einen lebhaften Besuch der Leipziger Ostermesse durch die Gewerbetreibenden des besetzten Gebietes hinzuwirken.

„Sienkiewicz über die Polenfrage“. Unter diesem Titel bringen mehrere Tagesblätter eine Besprechung einer von H. Sienkiewicz verfassten Broschüre „Polonais et Russes“, die sie dem gefeierten Romancier zuschreiben und knüpfen daran allerlei politische Bemerkungen.

Wir stellen hiermit fest, dass der Verfasser dieser Schrift, die übrigens eine scharf antirussische Tendenz verfolgt, nicht der Dichter Sienkiewicz ist. Das wurde seinerzeit von polnischen Blättern, auch von der „Deutschen Warschauer Zeitung“, zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Wir hoffen, dass diejenigen Blätter, die ihre Leser falsch informiert haben, nun denselben eine Berichtigung darbieten werden.

Galizische Hochverräter. Die Meldung, wonach die wegen Hochverrats zum Tode verurteilten russophilen Abgeordneten Markow und Kurylowicz, sowie deren Mitangeklagte zu lebensläglichem Kerker begnadigt worden sind, wird von einer Berliner Tageszeitung unter dem Titel „Polnische Hochverräter“ betitelt. Um jedem Missverständnis vorzubeugen, sei hier ausdrücklich bemerkt, dass die Genannten wohl galizische Vertreter im österreichischen Reichsrat, jedoch Angehörige des ukrainischen Volkes und Mitglieder der sogen. alt-ruthenischen Fraktion waren.

Freigabe der polnischen Nationallieder in Russland. Der russische Minister des Innern Chwostow hat in Beantwortung einer an ihn gerichteten Anfrage der südwestlichen Gouvernementsbehörden das Singen der Hymne „Noch ist Polen nicht verloren“ und der übrigen polnischen Nationallieder unter Aufhebung des im Jahre 1914 vom früheren Minister Makłakow erlassenen Verbotes als zulässig erklärt. Bemerkenswert ist die Begründung dieser Verfügung. Da heisst es nämlich: dass das Singen der gedachten Lieder im Zarenreiche fortan keinen aufreizenden Charakter mehr haben könne, da das Königreich Polen sich nunmehr im Besitze der Deutschen und Oesterreicher befindet.

Wie man sich in Russland über die Errichtung der polnischen Universität in Warschau tröstet. Bekanntlich übersiedelte nach dem Fall Warschaus die russifikatorische Universität nach Rostow am Don. Der Korrespondent der „Rietsch“ äussert Befriedirung über diese Kriegsinnovation und drückt die Hoffnung aus, dass diese Institution der Stadt Rostow erhalten bleiben werde. Er behauptet u. a.:

„Die Warschauer Universität wird in Rostow günstigere Verhältnisse finden, als in Warschau. Es ist ein öffentliches Geheimnis, dass das Professorenkollegium der Warschauer Universität oft gewechselt wurde und dass die Professoren nach Warschau nur ungern kamen dagegen sehr gern gingen. In Rostow liegen die Dinge ganz anders. Es ist kein Geheimnis, dass die Mehrzahl der Studentenschaft an der Warschauer Universität aus russischen Seminaristen sich re-

krutierte, die aus ganz Russland hier zusammenströmten, da sie nur in Warschau zum Hochschulstudium zugelassen wurden. Rostow dürfe alle Mittel anwenden, um eine höhere Bildungsanstalt zu erhalten, und das beste Mittel hierzu ist die Beibehaltung der Warschauer Universität."

Ganz richtig. Die Warschauer Universität hatte stets ihren Platz in Rostow, Riazań, Kaługa usw. In Warschau dagegen gibt es Raum nur für eine polnische Universität.

Dr. Adolf Sternschuss' künstlerischer Nachlass. Wie jetzt bekannt wird, fällt die umfangreiche Kunstsammlung Dr. Sternschuss' laut testamentarischer Verfügung den polnischen Museen in Krakau und Lemberg zu. Die Sammlung, die vom künstlerischen Geschmack und ästhetischen Kultur des Verewigten ein schönes Zeugnis ablegt, enthält ausser einigen wertvollen älteren Werken eine grosse Zahl Bilder aus dem 19. Jahrhundert, u. i. von Maks Gierymski, M. Gottlieb, Pruszkowski, M. Kotsis, ferner viele bedeutende Werke der modernen Richtungen, die im Nationalmuseen in Krakau nur spärlich repräsentiert sind, viele Zeichnungen, von denen Norwid, Matejko, Kossak, Pruszkowski zu erwähnen sind, schliesslich eine zahlreiche Steindruck-Sammlung. Auch das Kunsthandwerk ist durch zahlreiche schöne Muster vertreten. Ausserdem bereichert der Nachlass erheblich die Modesammlung des Nationalmuseums aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Der Spender dieser Gaben für die nationalen Institute, Dr. Adolf Sternschuss, war im bürgerlichen Leben hoher Staatsbeamter und Aesthet im besten Sinne des Wortes. Nach dem Ausbruch des Krieges trat er in die polnische Legion ein, den Rang eines k. u. k. Oberleutnants gegen den eines gewöhnlichen Soldaten der polnischen Legion austauschend. In der Schlacht bei . . . wurde er beim Versuch, den Abmarsch seiner Kameraden zu decken, von zwei feindlichen Kugeln tödlich verwundet.

Das Ergebnis des polnischen Sammeltages, der am 21. November vor. Jahres stattgefunden hat, ist noch nicht genau bekannt, da noch fortwährend Spenden aus allen Ecken der Welt eintreffen. Allein in Deutschland sind gegen anderthalb Millionen Mark gesammelt worden. Dem Erzbischof von Posen-Gnesen wurde über eine Million Mark übersandt, der Kölner Diözese — 100000 Mk., der Erzdiözese Breslau — 148000 Mk., Münster — 95000 Mk., Paderborn — 82902 Mk. Noch sind die Sammlungen aus vielen Diözesen nicht eingetroffen; manche haben die Geldbeträge direkt an das Komitee in der Schweiz gesandt. Somit hat Deutschland allein $1^1/_2$ Millionen beigesteuert. Für diese Tat und den Beweis katholischer Gemeinschaft muss den deutschen Diözesen aufrichtige Anerkennung und Dankbarkeit ausgedrückt werden.

Dänemark für Polen. Dänische Landarbeiter organisieren ein Komitee zwecks Versorgung der notleidenden polnischen Bevölkerung mit Bodenprodukten.

Von der Wilnoer Volks-Universität. Die Wilnoer Volks-Universität wurde bereits im ersten Monat nach der Entstehung von 4500 Personen besucht. Die Vorlesungen finden dreimal wöchentlich statt. Vorgetragen wird: Chemie, Nationalökonomie, Geschichte Litauens usw. Es besteht die Absicht, das Programm der Universität durch die Veranstaltung von literarischen Abenden zu erweitern.

Büchereinlauf.

W. L. Reymont: Łódź. Das Gelobte Land. Roman. Berechtigte Uebersetzung von A. v. Guttry, München, bei Georg Müller. — Leon Wasilewski: Rosja wobec Polaków w dobie „konstytucyjnej“ Kraków, nakładem Centralnego Biura wydawnictw N. K. N. — Dr. Boroky Arpad: Der neue Polenstaat. Uebers. aus dem Ungarischen von Arnya Deztö. Szolnok. — Gabryela Zapolska: Sommerliebe. Roman. Uebersetzt von Stefania Goldenring. — Dr. W. Jodko: Deutschland und Polen. Zürich. — Mieczysław Opałek: Dzieciom polskim w wielkim roku wojny 1915. Kraków, nakład Centralnego Biura wydawnictw N. K. N. — (Dr. Emil Kipa): Odezwy i rozporządzenia z czasów okupacji rosyjskiej Lwowa 1914—1915. Lwów, Księg. H. Altenberg, G. Seyfarth, E. Wende i Sp. — Ad. Wł. Inlender: Wielka Wojna 1914—1915. Z licznemi ilustracjami i ze szczegolnem uwzględnieniem walk na ziemiach polskich, oraz dokładną historją działalności Legionów polskich, Wiedeń, księgarnia M. Perlesa. — Dr. Adolf Grabowsky: Die polnische Frage. Berlin, Carl Heymanns Verlag. — Dr. Richard Bahr: Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke. Berlin, Verlag Karl Curtius. — Comte Charles Potulicki: La Pologne d'hier et de domain. Lausanne, La Revue Politique Internationale. — Jan Kucharzewski Powstanie listopadowe. Przemówienie wygłoszone w Lozannie w sali Kasyna w dniu 29. listopada 1915 r. Lozanna. — The future of Warsaw. By Felix Młynarski, Delegate of the Polish National Comitee to America. New York, Polish Book Importing Co., Inc.

Herausgeber: Wilhelm Feldmann, Verlag der Polnischen Blätter, Berlin-Charlottenburg.
Für die Reaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter“.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter“. Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46:

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten drei Hefte vor.... — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter“ zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter“ heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge u. s. w. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43:

Herr W. Feldman, der als Herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleitet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben“ von Prof v. Jaworski und „Zur deutsch polnischen Verständigung“ von K v. Srokowski ...

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären. Die Aufsätze des Präsidenten des Obersten Polnischen Nationalkomitees, Prof v. Jaworski, des galizischen Landtagsabgeordneten v. Srokowski, sowie Prof Brückners und Schmollers Beiträge aus den ersten Heften seien besonders hervorgehoben..

Strassburger Post, 23 Dezbr. 1915:

Die im ersten Jahrgang stehende dreimal monatlich erscheinende Zeitschrift behandelt in sehr interessanter und vielseitiger Weise das Problem der Polen, das durch den Weltkrieg zu so ungewöhnlicher Aktualität gebracht wurde Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich enstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht Wer an dem politischen und natoinalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30 Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnischen Blätter“ Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber läs-t auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhältnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber“.